

3. MRZ. 1965

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/41

Bonn, den 2. März 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Ohrfeige aus Moskau</u> Tolpatschigkeit der Bundesregierung	17
1	<u>Musterbeispiel von Anpassung</u> Wer kümmert sich um die Ausbildungskosten der Erwerbstätigen ?	29
1a	<u>Ein schwerer Verlust für Österreich</u> Zum Tode des Staatspräsidenten Adolf Schärf	44
2	<u>Notwendige Belehrung</u> Eine Nachlese zu den Haushaltsberatungen im Bundestag Von Dr. Alex Möller, MdB	46
3	<u>Belgrad - Moskau - Peking</u> Vor der Wiederauferstehung des "sozialistischen Lagers" ? Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher	49
Anhang: Zur Dokumentation		
1 - 4	<u>Der INDUSTRIEKURIER und ein Willy Brandt-Interview</u> Bestellt, aber nicht angenommen	196

Ohrfeige aus Moskau

Tolpatschigkeit der Bundesregierung

sp - Der sowjetrussische Ministerpräsident Kossygin wird also voraussichtlich nicht nach Bonn kommen. Seine Erklärungen in Leipzig lassen den Schluß zu, daß ein Besuch in Bonn nicht zu seinen Prioritäten gehört, obwohl ihm die Bundesregierung über ihren Botschafter in Moskau eine Einladung überreichen ließ. Was hatte sich die Bundesrepublik eigentlich dabei gedacht? Weshalb erging überhaupt eine Einladung, da sie ja selbst auf einen alsbaldigen Besuch des sowjetrussischen Ministerpräsidenten überhaupt nicht vorbereitet war? Die kühle Antwort Kossygin's auf der Leipziger Messe kommt einer Ohrfeige gleich, die Kette Bonner Tolpatschigkeiten ist um ein neues Glied bereichert worden, denn das WEIN war vor auszusehen. - In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage, ob die Berichte zutreffend sind, denen zufolge die Einladung an Kossygin von Palais Schaumburg aus ohne Wissen Außenministers Schröders erfolgte. Das ließe auf einen Wirrwarr schließen, wie er kaum noch zu überbieten ist. Die Moskauer Ohrfeige führte zu einer neuen Aufwertung und zu einem Triumph für Walter Ulbricht; dazu hat die Bundesregierung beigetragen, es fällt auf ihr ohnehin schon stark belastetes Konto.

+ + +

Musterbeispiel von Anpassung

Wer kümmert sich um die Ausbildungskosten der Erwerbstätigen ?

sp - Die Sozialdemokratische Fraktion hat am 19.6.1963 im Bundestag einen Antrag vorgelegt, der die steuerliche Berücksichtigung der Ausbildungskosten fordert, welche Erwerbstätige für ihre eigene Ausbildung und Fortbildung selbst aufbringen. Der Antrag wurde schließlich erst mit dem Steueränderungsgesetz 1964 zusammen in Ausschuß beraten und geriet dann auch erst in den 2. Teil des Steueränderungsgesetzes. Im Januar 1965 einigte sich der Ausschuß nach immerhin eingehenden Beratungen auf eine wenn auch magere Entschliefung, die die Bundesregierung zur Prüfung des Problems und zur Vorlage von Vorschlägen in dem gewünschten Sinn auffordert. Während diese Entschliefung noch in den Akten des Ausschusses schlummert, erscheint nunmehr in den Drucksachen des Bundestages eine kleine Anfrage der Koalitionsfraktionen an die Bundesregierung (Drucksache 3103), welche gar nichts anderes besagt als die Entschliefung, auf die sich der Ausschuß auf den Antrag der SPD bereits geeinigt hat.

Die Koalitionsvertreter im Ausschuß machten auf Vorhalt keinen Versuch zu bestreiten, daß der Vorfall peinlich ist. Die Anfrage sei innerhalb der Koalition vor geraumer Zeit beschlossen worden und sie hätten sowohl vergessen, den Ausschuß über diesen Beschluß ihrer Fraktionen zu unterrichten als auch den Fraktionen nunmehr zu sagen, daß der Ausschuß bereits seinen entsprechenden Beschluß gefaßt hat. Sie beriefen sich auf Beschlüsse der Sozialausschüsse der CDU, die allerdings ihrerseits erst nach der Einreichung des SPD-Antrages im Bundestag ergangen waren.

Man soll sicherlich wegen des Urheberrechts an politischen Gedanken keine großen Worte machen. Es handelt sich aber wieder um ein Musterbeispiel dafür, wie hohl das Schlagwort von der Anpassung der Opposition an die Regierung ist und um welche Vorgänge es sich dabei wirklich handelt. Jedenfalls wollen wir bei einer so breiten Zustimmung hoffen, daß eine brauchbare Lösung für den Steuerabzug der Ausbildungs- und Fortbildungskosten nunmehr alsbald zustande kommt.

+ + +

Ein schwerer Verlust für Österreich

Zum Tode des Staatspräsidenten Adolf Schärf

SP - Der Tod des österreichischen Staatspräsidenten Dr. Adolf Schärf kam überraschend für sein Volk und die Welt. Er ist den Folgen einer heimtückischen Grippekrankheit im 74. Lebensjahr erlegen. Mit ihm verlor unser südliches Nachbarvolk einen der profiliertesten Staatsmänner, eine Persönlichkeit, die sich würdig in die Tradition großer Vorbilder, eines Karl Renner und eines Theodor Körner, einreichte.

Die zweite Bestätigung für sein hohes Amt, die durch eine überraschende Mehrheit des österreichischen Volkes erfolgte, war wohl das berechtigte Zeugnis für seine Beliebtheit und die Achtung, die ihm allenthalben entgegenfloß. Sein Wirken bleibt unvergessen, es hat 20 Jahre österreichische Geschichte mitgeformt.

Adolf Schärf, 1890 als Sohn eines Glasbläser in Nikolsburg geboren, gehörte zu den Architekten der zweiten Republik Österreichs. Ihm ist es mit zu verdanken, daß der Alpenrepublik nach 1945 erspart blieb, woran die erste Republik zugrunde gegangen war - ein den Staat zerstörender Parteienstreit. Die zwei großen Parteien, die Sozialisten und die Christlich-Sozialen, standen sich in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts in bitterer Fodfeindschaft gegenüber und beide erlagen dann dem alles und alle überrollenden Ansturm des Nationalsozialismus.

Die Erlebnisse der Illegalität und das Band, das gemeinsames Leiden in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches zwischen den einstigen Gegnern knüpfte, legten in den Nachkriegsjahren die Grundlage zur großen Koalition, und zur Vertiefung der Bereitschaft, die notwendigen parteipolitischen Gegensätze nicht in Unversöhnlichkeit ausarten zu lassen. Das Bündnis beider Koalitionsparteien bestand trotz vieler Gewitter und Erschütterungen die Wirrnisse der Nachkriegszeit, ersparte Österreich das Schicksal eines Satellitenstaates; das Ende der Besatzungszeit und die damit verbundene endgültige Wiedergewinnung der Souveränität war der Schlußstein einer von beiden großen Parteien getragenen Politik; wer daran den größeren Anteil hatte, wurde niemals Streitgegenstand.

Adolf Schärf gehörte als damaliger Vizekanzler und Vorsitzender der Sozialistischen Partei Österreichs zu der Delegation, die im März 1955 erste einleitende Gespräche mit den Russen über den österreichischen Staatsvertrag führte. Ein halbes Jahr später verließen die Truppen österreichischen Boden. Die Russen hatten es mit einer Stimme Österreichs zu tun, und das blieb nicht ohne Wirkung.

Der dritte Staatspräsident Österreichs war ein geborener Vermittler, er stand über den Parteien und führte das Staatsschiff mit sicherer Hand durch stürmische Gewässer. Sein Tod hinterläßt eine nur schwer zu füllende Lücke.

Notwendige Belehrung

Eine Nachlese zu den Haushaltsberatungen im Bundestag

Von Dr. Alex Möller, MdB

In der 2. Lesung machte ein Abgeordneter der CDU folgende Ausführungen:

- * "Der Herr Kollege Dr. Möller ist nach dem Karlsruher Parteit-
- * tag auf diese Gefahren für die Stabilität hingewiesen wor-
- * den, und da hat er wörtlich geantwortet: Es steht fest, daß
- * diese Vorhaben der SPD nicht mit den Methoden der klassischen
- * Finanzpolitik zu bewältigen sind. Nicht mit den Methoden der
- * klassischen Finanzpolitik zu bewältigen sind? Ja, meine Da-
- * men und Herren, wie war das denn vor 150 Jahren in Deutsch-
- * land? Da folgten auf die Klassiker die Romantiker! Und im Aus-
- * land haben sich jetzt schon wieder Leute auf den Weg gemacht,
- * um die blaue Blume der sozialistischen Romantik zu suchen,
- * und wir helfen da noch."

Dieser CDU-Bundestagsabgeordnete hat mir den Vorwurf gemacht, fortschrittlich zu sein. Er bezog sich dabei auf eine Äußerung von mir, daß die Vorhaben der SPD nicht mit den Methoden der klassischen Finanzpolitik zu bewältigen seien, und unterdrückte die Fortführung meiner Äußerung, nämlich, daß man sich hierbei zweckmäßigerweise der Methoden einer modernen, funktionalen Finanzpolitik bedienen müsse. Diese Auffassung habe ich aber nicht nur im Anschluß an den Parteitag der SPD in Karlsruhe vertreten. Ich bin vielmehr seit vielen Jahren und in allen Stellen meiner politischen Arbeit bestrebt, für diese moderne, finanzpolitische Konzeption einzutreten.

Es ist sicher so, daß man in der Bundesrepublik nicht unbedingt fortschrittlich sein muß. Der CDU-Bundestagsabgeordnete knüpfte an seine Zweifel die Frage, wie das in Deutschland vor 150 Jahren gewesen sei, da folgten auf die Klassiker die Romantiker. Es leuchtet sich der Sinn der Rede: der CDU-Kollege will also auf diese, ihm elegant erscheinende Weise mich und meine Konzeption als romantisch abstempeln.

Nun eine Frage von mir: Wie war es vor 150 Jahren in Deutschland tatsächlich? Den zitierten (individualistischen) Klassikern - um genau zu sein, den Theoretikern des Hochkapitalismus -, folgten die sogenannten universalistischen Klassiker, zu denen freilich auch die Romantiker gezählt werden. Obwohl diese Romantiker entgegen der unterentwickelten CDU-Auffassung nicht das Geringste mit irgendwelchen Sozialisten zu tun haben, werden sie von der Dogmengeschichte doch als ein Fortschritt gegenüber ihren klassischen Vorgängern bezeichnet. Welch ein Versuch, durch kleine Auslassungen und liberale Ungenauigkeiten den Fortschritt der Geschichte zu benutzen, um den Fortschritt der Gegenwart ad absurdum zu führen! Mir erscheint eine genaue Unterrichtung wichtig, besonders dann, wenn es um die geschichtliche Wahrheit geht. Mit anderen Worten, man sollte nicht nur wissen, daß die Sozialisten, selbst die utopischen Sozialisten, mit den Romantikern nicht das Geringste zu tun haben.

Die wissenschaftliche Begründung des Sozialismus, der mehr eine sittliche als nur eine wirtschaftliche Verfassung ist und sein möchte, folgte zeitlich der Romantik. Der Sozialismus ist somit allenfalls auch ein Ergebnis individualistisch und universalistisch geläuterter Kritik. Also doch ein Fortschritt!

Belgrad - Moskau - Peking

Vor der Wiederauferstehung des "sozialistischen Lagers"?
Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Mit großer Aufmerksamkeit lauscht man in Belgrad auf die seit einiger Zeit zu vernehmenden neuen Zungenschläge in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Noch wagt zwar niemand genau zu entscheiden, ob die zum Zeitpunkt der Anwesenheit des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin in Nord-Vietnam geführten amerikanischen Vergeltungsschläge nicht das vorzubereiten halfen, was die beiden kommunistischen Großmächte, Sowjetunion und China, jahrelang vergebens versucht hatten: ihre Wiederversöhnung. Aufmerksam hat man in der jugoslawischen Hauptstadt registriert, daß Kossygin trotz des ersten eher recht kühl behandelten Zwischenaufenthaltes in Peking auf der Rückreise von Hanoi in China ein zweites Mal Station machte.

Für die ideologisch geschärften Ohren der jugoslawischen Kommunisten hatte jedoch ein anderes Faktum außerordentliches Interesse erweckt. Anlässlich der recht groß herausgestellten Feierlichkeiten zum 15. Jahrestag des sowjetisch-chinesischen Freundschafts- und Beistandsvertrages tauchte seit langer Zeit erstmals wieder der Begriff des "sozialistischen Lagers" in der politischen Terminologie Moskaus auf. Dieser Begriff war spätestens seit August 1963, als der ehemalige sowjetische Partei- und Regierungschef seinen "Urlaub" in Jugoslawien verbrachte und dabei Tito zum zweiten Male das Recht auf seinen "eigenen Weg zum Sozialismus" zuerkannte, nicht mehr benutzt worden. War das "sozialistische Lager" doch gleichsam zum Inbegriff der jahrelang verkündeten Lehre geworden, daß kein Land den Sozialismus erfolgreich außerhalb des von Moskau geführten "sozialistischen Lagers" bauen könne. Wenn dieser Begriff jetzt wieder aus der politischen Mottenkiste geholt wird, so brauchen vorläufig noch nicht allzu weitreichende Schlußfolgerungen daraus gezogen werden. Aber all dies veranlaßt in Belgrad eben doch zu der Annahme, daß in Zukunft zwischen Moskau und Peking wieder ein höherer Grad der Zusammenarbeit erwartet werden könnte. Die sowjetischen Führer haben bereits bekundet, die in der Vergangenheit entstandenen Schwierigkeiten Schritt für Schritt beseitigen zu wollen. Vorläufig beharren sie dabei noch auf ihrem alten Rezept: man solle nicht die beiderseitigen Unterschiede betonen, sondern all das, was es zwischen den beiden Ländern auch heute noch an Gemeinsamkeiten gibt.

Ob dies als Ausgangsbasis für Peking ausreichen wird, bleibt unter den veränderten Bedingungen einer intensiveren militärischen Konfliktsituation vor Chinas Haustüre in Südostasien abzuwarten. Denn in Belgrad hat man auch nicht übersehen, daß während der Feierlichkeiten anlässlich des 15. Jahrestages des sowjetisch-chinesischen Freundschaftsvertrages Moskau nach wie vor von der Notwendigkeit der Politik der friedlichen Koexistenz als Voraussetzung für die Erhaltung des Weltfriedens gesprochen hat, während die Chinesen entsprechend ihrer militanten Haltung einseitig die Notwendigkeit des entschiedenen Kampfes gegen den "amerikanischen Imperialismus" in den Vordergrund rückten.

Scheint es also Moskau in erster Linie nach wie vor um die Erhaltung des Status quo zu gehen, ist Peking auch weiterhin erstrangig an der Verwirklichung weltrevolutionärer Ziele interessiert. Ob die amerikanischen Bomben einen Versöhnungspfad für diese beiden Ansichten geschlagen haben, wagt man mit letzter Genauigkeit in Belgrad noch nicht zu beurteilen.

Zur Dokumentation

Der INDUSTRIEKURIER und ein Willy Brandt-Interview
Bestellt, aber nicht angenommen

Der INDUSTRIEKURIER hat in seiner Ausgabe vom 2. Februar 1965 ein "Interview" mit dem SPD-Vorsitzenden Willy BRANDT veröffentlicht. Dieses Interview ist dem INDUSTRIEKURIER niemals gegeben worden. Da alle Verhandlungen, den INDUSTRIEKURIER zu veranlassen, das tatsächlich gegebene Interview wenigstens nachträglich zu veröffentlichen, gescheitert sind, veröffentlicht die Pressestelle des Vorstandes der SPD von sich aus den tatsächlichen Wortlaut und weist auf folgendes hin:

Der INDUSTRIEKURIER hat im vergangenen Jahr den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt um ein Interview gebeten. Da aus Zeitgründen verschiedene in Aussicht genommene Termine nicht wahrgenommen werden konnten, wurde dem INDUSTRIEKURIER der Vorschlag unterbreitet, seine Fragen schriftlich einzureichen.

Das hat der INDUSTRIEKURIER getan und am 19. Januar 1965 ein schriftliches Exklusiv-Interview erhalten.

Der INDUSTRIEKURIER hat daraufhin, zu diesem Interview noch ein ergänzendes Gespräch führen zu können. Dieses Gespräch hat am 28. Januar 1965 in Bonn stattgefunden.

Am 2. Februar hat der INDUSTRIEKURIER dann allerdings kein Wort des tatsächlich gegebenen Interviews veröffentlicht und das ergänzende Gespräch als "Interview" dargestellt und abgedruckt. Bei diesem ergänzenden Gespräch ist kein Wortprotokoll geführt worden. Im Gegenteil, ganze Passagen wurden nicht mitstenographiert; bei anderen im Wortlaut wiedergegebenen Passagen fehlen wichtige Teile.

Die SPD hat den INDUSTRIEKURIER mehrfach aufgefordert, das tatsächliche Interview zu veröffentlichen. Das hat der INDUSTRIEKURIER abgelehnt. Er hat vielmehr am 16. Februar den Vorschlag unterbreitet, daß die SPD dem INDUSTRIEKURIER zum Zwecke der Veröffentlichung eine Stellungnahme beliebiger Form übersendet, in der unter Bezugnahme auf das abgedruckte "Interview" jede gewünschte Darlegung zu den angeschnittenen Themen enthalten sein kann. Das wiederum hat das Präsidium der SPD als unzumutbar abgelehnt. Obwohl der INDUSTRIEKURIER sich mit Datum vom 22. Januar 1965 ausdrücklich für die Übersendung des Textes des wirklichen Interviews bekennt hat, ist er in der angegebenen Weise verfahren und nicht bereit, das tatsächlich gegebene Interview zu veröffentlichen.

Nachstehend das tatsächlich dem INDUSTRIEKURIER gegebene Interview:

Frage: Werden sich durch einen Regierungswechsel Auswirkungen auf die gesellschaftspolitische Stellung des selbständigen Unternehmers ergeben?

Antwort: Die Sozialdemokratische Partei betrachtet den selbständigen Unternehmer nicht als Gegner, sondern als Partner. Ihre Frage läßt vermuten, daß die Aussagen des Godesberger Programms der SPD, beschlossen im November 1959, noch nicht überall zur Kenntnis genommen worden sind. Im Kapitel "Eigentum und Macht" heißt es dort: "Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung." Außerdem verweise ich auf die umfassende wirtschaftspolitische Entschließung des Parteitages von Karlsruhe, in der es u.a. heißt: "Es sind die treibenden Kräfte des marktwirtschaftlichen Leistungswettbewerbs, der unternehmerischen Investitionstätigkeit und des technischen Fortschritts in ihrer Eigendynamik zu fördern."

Die gesellschaftspolitische Stellung der selbständigen Unternehmer wird durch eine von mir geführte Bundesregierung voll gewürdigt werden.

Frage: Kann eine klare Aussage über die Frage der Verstaatlichung bzw. Überführung in Gemeineigentum gegeben werden? Würde eine SPD-Regierung die diesbezüglichen Deklarationen des DGB-Programms unterstützen? Und bei welcher Größenordnung wäre gegebenenfalls die Grenze zu ziehen?

Antwort: Verstaatlichungen werden nicht auf dem Programm einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung stehen. Ich kann mich auch hier auf das Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei beziehen. Dort wird festgestellt, daß der moderne Staat die Wirtschaft durch seine Entscheidungen über Steuern und Finanzen, über das Geld- und Kreditwesen, seine Zoll-, Handels-, Sozial- und Preispolitik, seine öffentlichen Aufträge sowie die Landwirtschafts- und Wohnungsbaupolitik beeinflusst. Die insoweit entscheidende Aussage lautet, daß der Staat verantwortlich für eine vorausschauende Konjunkturpolitik ist. Wörtlich heißt es dazu, der Staat "soll sich im wesentlichen auf Methoden der mittelbaren Beeinflussung der Wirtschaft beschränken."

Das Godesberger Grundsatzprogramm schließt gemeinwirtschaftliche und gemischtwirtschaftliche Organisationsformen gewiß nicht aus, aber es bekennt sich ausdrücklich zum freien Wettbewerb und zur freien Unternehmerinitiative.

In meinem Entwurf für ein Regierungsprogramm im Jahre 1964 habe ich keine Verstaatlichung angekündigt. Ich kann verbindlich sagen, daß auch in meinem Regierungsprogramm für 1965 Verstaatlichungsprojekte nicht enthalten sein werden. Auf dem Parteitag in Karlsruhe wurde ebenfalls kein Verstaatlichungsantrag gestellt noch wurde eine entsprechende Resolution gefaßt.

Meiner Partei lag und liegt an einem guten Verhältnis zu den Gewerkschaften. Aber Beschlüsse des DGB verpflichten nicht die SPD. Die SPD äußert sich in eigener Verantwortung über das, was sie im Interesse der Arbeitnehmer für geboten erachtet.

Frage: Wie würde sich eine SPD-Regierung zu der gewerkschaftlichen Forderung nach Ausdehnung der wirtschaftlichen Mitbestimmung stellen?

Antwort: Auf diese Frage hat der Karlsruher Parteitag der SPD eine Antwort gegeben. In der wirtschaftspolitischen Resolution wird dazu festgestellt: "Eine umfassende gesetzliche Neuregelung des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechtes im Rahmen einer grundlegenden Reform des Unternehmerrechtes ist anzustreben."

Für die kommende sozialdemokratische Bundesregierung wird es sehr nützlich sein, daß zunächst durch eine unabhängige sachverständige Untersuchung, durch ausgiebige, sorgfältige Befragung aller Beteiligten die bisherigen Erfahrungen mit der Mitbestimmung zusammengefaßt und gewertet werden.

Frage: Besteht die Möglichkeit, daß eine SPD-Regierung, unter welchen Umständen auch immer, in die Tarif- oder Preisautonomie eingreifen würde?

Antwort: Wer die Politik der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Bundestagsfraktion verfolgt hat, weiß, daß sie immer eine Verfechterin der Tarifautonomie gewesen ist. Wir haben Tendenzen der bisherigen Bundesregierung, in die Tarifautonomie einzugreifen, abgewehrt. Unsere Haltung wird sich nicht ändern, wenn wir an der Regierung sind.

Von einer Preisautonomie im totalen Sinne kann man, wie wir alle wissen, nicht sprechen. Es gibt eine Reihe von staatlich beeinflussten und staatlich bestimmten Preisen. Denken wir bitte nur an die landwirtschaftlichen Marktordnungen, an die Verkehrstarife, Mieten usw. Meine Partei hat in Karlsruher festgestellt, daß sich hieraus "eine erhöhte Verantwortung des Staates für die Erhaltung der Kaufkraft unserer Währung" ergibt.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird sich außerdem - das darf ich noch einmal feststellen - zur freien Konsumwahl und zum freien Wettbewerb bekennen. Die Preise sollen sich grundsätzlich auf den Märkten bilden. Im übrigen kann kein Staat der Welt darauf verzichten, das Preisniveau zu beeinflussen. Wenn er gut beraten ist, erreicht er damit einen größtmöglichen Nutzen für den Verbraucher.

In unserer Karlsruher Entschliebung heißt es: "Vollbeschäftigung, Stabilität des Preisniveaus, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung sind gleichermaßen anzustreben. In diesem 'magischen Viereck' darf die Wirtschaftspolitik nicht ein Ziel auf Kosten eines anderen begünstigen."

Was wir außerdem ablehnen, sind so ungefüge Mittel wie ein Preisstop. Auf die bekannten Mittel der monetären und fiskalischen Globalsteuerung werden wir allerdings nicht verzichten.

Frage: In welchem Maße kann das marktwirtschaftliche Prinzip anerkannt oder aber eingeschränkt werden?

Antwort: Das Instrument der marktwirtschaftlichen Steuerung des Wirtschaftsprozesses ist nach unserer Auffassung ein unverzichtbarer Bestandteil unserer freiheitlichen Ordnung. Aber Marktwirtschaft allein genügt für sich nicht, denn sie garantiert z.B. noch kein stetiges Wirtschaftswachstum, kein stabiles Preisniveau, wie uns die Erfahrung gelehrt hat. Deshalb brauchen wir zusätzlich zur marktwirtschaftlichen Komponente, die - wie schon erwähnt - monetäre und fiskalische Globalsteuerung und natürlich auch die Wohlfahrtspolitik. Erst diese drei Instrumente sind in der Lage, den Wirtschaftsprozess so zu steuern, daß zugleich wirtschaftliches Wachstum wie auch ökonomische und gesellschaftliche Stabilität erreicht werden.

Es geht also nicht darum, das marktwirtschaftliche Prinzip in irgendeiner Form zu beschneiden. Im Gegenteil: wir werden dafür sorgen, daß dort, wo der marktwirtschaftliche Wettbewerb seine Aufgabe erfüllen kann, nämlich bei der Regelung der einzelwirtschaftlichen Beziehungen, er auch tatsächlich zum Zuge kommt und nicht etwa durch Machtpositionen beeinträchtigt wird. Mehr Marktwirtschaft, daneben aber auch Rahmenplanung durch den Staat sowie Wohlfahrtspolitik; das ist unsere Devise.

Frage: Könnte sich die Möglichkeit einer stärkeren Besteuerung der höheren Einkommen ergeben? Welche Absichten würde eine SFD-Regierung hinsichtlich einer Reform der Vermögenssteuer und Erbschaftsteuer verfolgen? In welcher Weise und in welchem Umfang müßte mit einer Umverteilung a) des bereits gebildeten, b) des sich zukünftig bildenden Vermögens gerechnet werden?

Antwort: Die Frage von Steuererhöhungen ist von uns aus nicht akut. Wir werden uns vielmehr in einer wachsenden Wirtschaft bei progressiven Einkommenssteuertarifen darum bemühen, die Steuerlast von Zeit zu Zeit herabzusetzen. Von einer allgemeinen Steuersenkung werden die höheren Ein-

kommen nicht ausgenommen werden. Jede Staatsführung hat jedoch bei solchen Vorgängen auch die Grundsätze der Steuergerechtigkeit zu beachten.

Zur Frage unseres Weges zu einer breiteren Vermögensstreuung möchte ich ganz eindeutig feststellen: Wir beabsichtigen nicht, bereits gebildetes Vermögen umzuverteilen. Wir streben eine breitere Vermögensstreuung über eine verbesserte Verteilung des sich künftig bildenden Vermögens an.

Frage: Was würde die Wirtschaft von einer SPD-Regierung auf dem Gebiet der Wettbewerbspolitik (Kartellgesetzgebung) zu erwarten haben? Könnte eine Genehmigungspflicht für gewisse Konzentrationsvorgänge eingeführt werden?

Antwort: Da wir den Wettbewerb als ein wesentliches Steuerungsinstrument in unserer Wirtschaftsordnung ansehen, so müssen wir auch dafür sorgen, daß es tatsächlich wirksam werden kann, daß der Wettbewerb also wirklich funktioniert. Wir halten daher eine Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen für notwendig; unsere Bundestagsfraktion hat dafür detaillierte Vorschläge gemacht. Im übrigen sind wir nicht gegen Großunternehmen und Großbetriebe, die für den technischen Fortschritt und die ökonomische Expansion eine besondere Funktion haben. Wie in Karlsruhe gesagt wurde: Das Biedermeier ist nicht unser wirtschaftspolitisches Ideal. Aber wir stimmen wohl alle darin überein, daß in der modernen Industriegesellschaft ordnungspolitische Maßnahmen notwendig sind, damit die Bäume der Unternehmenskonzentration nicht in den Himmel wachsen. Die Konzentrationsenquete und weitere sachverständige Gutachten und Untersuchungen müssen dazu sorgfältig ausgewertet werden.

Frage: In welcher Weise würde eine SPD-Regierung die europäische Integrationspolitik auf wirtschaftlichem Gebiet fördern? Und was hat die deutsche Agrarwirtschaft in dieser Hinsicht von einer SPD-Regierung zu erwarten?

Antwort: Wir deutschen Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß die Bundesrepublik im Prozeß der wirtschaftlichen Integration Europas eine Schlüsselrolle zu spielen hat. Wir werden danach handeln. Wir halten vor allem ein größeres Maß internationaler Kooperationsbereitschaft für erforderlich, als es bisher geübt wurde. Unsere integrationspolitischen Vorstellungen werden im übrigen von der Idee offener Märkte beherrscht. Wir wollen auch keine Abschließung der EWG gegenüber der übrigen Welt, schon gar nicht gegenüber den EFTA-Ländern. Wir wollen also auf eine möglichst liberale Integrationspolitik hinwirken.

Es ist klar, daß an die deutsche Landwirtschaft in der Phase der wirtschaftlichen Integration Europas große Anforderungen gestellt werden. Wir werden alles tun, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft im EWG-Raum zu erhöhen. Insbesondere werden wir auch dafür sorgen, daß die Umstellungs- und Anpassungsvorgänge innerhalb der deutschen Landwirtschaft im Zeichen des sozialen Ausgleichs vor sich gehen.